



advisory



© Schönherr



CONSTANTINUS GLOBAL

Platz 1 in der Internationalen Kategorie ging an die Wiener Firma Loytec

Seite 33



STEUERTIPP: VERMIETUNG

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten vor allem im Bereich der Abschreibung

Seite 34

BRÜSEL:
SCHÖNHERR
VOLKER WEISS

SHORT

Ein fröhliches, buntes Werk für Juristen



© Schönherr
Schönherr-Partner Guido Kucsko hat die neue roadmap ediert.

Wien. Schönherr hat vor kurzem die jährliche Ausgabe der roadmap veröffentlicht. Die juristische Publikation liefert einen Überblick über aktuelle wirtschaftsrechtliche Themen und Entwicklungen in Zentral- und Osteuropa sowie kritische Analysen.

Mit 100 Beiträgen aus 12 Fachbereichen, deren Autoren aus 13 Ländern in Zentral- und Osteuropa sowie der Türkei stammen, ist die roadmap heuer zum ersten Mal mehrsprachig – in Englisch und der jeweiligen lokalen Sprache. (pj) <http://bit.ly/1c6h375>

Bürgermeister atmen – vorerst – einmal auf

Linz. Die Bawag ist mit ihrer 2-Mio.-Schadenersatzklage gegen den früheren Linzer Bürgermeister Franz Dobusch rund um die Swap-Affäre abgeblitzt. Das Oberlandesgericht Linz hat die Klage als unzulässig abgewiesen. Allerdings will die Bawag den Fall vor den OGH bringen. (red)

Sicherheitslücken bei 80 % der Anwendungen



© Panthemediamedia.net/Bastian Weiffen
Im IT-Bereich bieten die Firmen mehr Angriffsflächen als je zuvor.

Wien. Cyberangriffe werden immer häufiger, vier Fünftel der Geschäftsanwendungen enthalten wenigstens eine Schwachstelle, die ihre Ursache außerhalb des jeweiligen Quellcodes hat. Das sind zentrale Ergebnisse des Cyber Risk Report 2013 von HP Security Research, der dafür u. a. den zunehmenden Einsatz von mobilen Endgeräten, unsicherer Software und Java verantwortlich macht.

Der Cyber Risk Report enthält Empfehlungen, wie Organisationen Sicherheitsrisiken minimieren und die Schadenswirkung von Angriffen begrenzen können. (pj) <http://bit.ly/1ijgTh0>

Größte Strukturreform der Zweiten Republik



© Andreas Tischer/PHH
Präs. des Verwaltungsgerichts Wien Kolonovits, Präs. des Verfassungsgerichtshofes Holzinger, RA-Kammer-Vizepräs. Prochaska, PHH-Partner Hansmann (v. l.)

Mehr Rechtsschutz Jedes Verwaltungshandeln kann neuerdings durch ein Verwaltungsgericht überprüft werden. Die Verwaltungsbehörden sind erste und letzte Instanz, unabhängige Richter kontrollieren die Verwaltung. Unterm Strich wird Österreich damit vom Verwaltungs- zum Justizstaat. **Seite 32**

Respekt.net Neue Transparenz-Plattform initiiert Steuern werden transparent



© Panthemediamedia.net/Sara Robinson
Bald soll jeder Steuerzahler seine Gesamtsteuerlast berechnen können.

Wien. Auf SteuernZahlen.at soll es jedem Bürger ermöglicht werden, den jeweiligen Gesamtsteuerbetrag von A wie Alkohol- bis V wie Versicherungssteuer zu ermitteln.

Erklärtes Ziel von SteuernZahlen.at ist es, neben der Information des Einzelnen auch eine ehrliche und sachliche Steuerdiskussion zu fördern. Gestützt auf Zahlen, Daten und Fakten soll eine Debatte über das SteuernZahlen geführt und in einem zweiten Schritt eine Gesamtsteuerstatistik realisiert werden. Die für die Transparenz-Plattform notwendigen finanziellen Mittel werden gegenwärtig via Crowdfunding aufgebracht. Seite 32

Wettbewerbsrecht Zugabeverbot weitgehend gefallen Ab jetzt gibt es mehr zu gewinnen



© Panthemediamedia.net/Mustafa Gu
Die werbetreibende Wirtschaft kann sich jetzt deutlich mehr „bewegen“.

Wien. Die Liberalisierung der Vorschriften gegen unlauteren Wettbewerb im Vorjahr brachte u. a. das Ende des Zugabeverbots. Dadurch sind jetzt deutlich mehr Gewinnspiele, Geschenke etc. möglich, was vonseiten der heimischen Wirtschaft auch bereits gern genützt wird.

Der Verein für Konsumentinformation hat gegen zwei Versicherungen geklagt, weil diese Zukunftsvorsorge samt „Gratis“-iPhone oder -iPad angeboten hatten – und hat verloren. Allerdings ist eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zu diesen Fällen noch ausständig. Seite 34

SHORT

10 neue Mitglieder im Worldw. Broker Network



Österreich ist durch Koban Südvers Group Austria vertreten (K. Koban).

San Mateo. Grenzüberschreitende Expertise wird immer wichtiger. Das Worldwide Broker Network hat das internationale Netz nunmehr gleich um zehn neue Mitglieder erweitert – von Slowenien bis Südkorea, von Bolivien bis zum Oman. Hinzu kommen drei weitere Korrespondenzfirmen in den USA.

Österreichs WBN-Unternehmen, die Koban Südvers Gruppe, bietet im Firmenkundenbereich ebenso wie im Privatkundengeschäft eine umfassende Gesamtexpertise mit maßgeschneiderten Lösungen.

„Vom juristischen und technischen Risk Management über Betriebliche Altersvorsorge und Vermögensschadenhaftpflichtversicherung bis hin zu D&O-Versicherung und Strafrechtsschutz stehen Spezialisten zur Verfügung“, verspricht der Geschäftsführende Gesellschafter, Klaus Koban. (pj)

54. Assistententagung Öffentliches Recht



Teilnehmer aus mehr als 50 Ländern kommen nächste Woche nach Graz.

Graz. Nach genau drei Jahrzehnten ist die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz vom 11. bis zum 15. Februar wieder Gastgeber der (54.) „Assistententagung Öffentliches Recht“. Die Assistententagung findet bereits seit 1960 jährlich statt und war bisher erst sieben Mal in Österreich zu Gast. Dieses Jahr steht die Tagung unter dem Titel „Der Staat, was ist das?“. Rund 270 Teilnehmer von mehr als 50 Unis aus dem In- und Ausland werden erwartet. „Für unsere Universität ist es ein wichtiger internationaler Erfolg, dass diese Tagung nach Graz geholt werden konnte“, erklärt Joseph Marko, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. „Die zunehmend hybride Staatlichkeit in all ihren Ausprägungen stellt die Rechtswissenschaft vor große Herausforderungen. Die Tagung thematisiert eine der wesentlichen Zukunftsfragen des Öffentlichen Rechts.“

Bei einer Podiumsdiskussion debattieren u. a. Ex-Grünen-Klubobmann Alexander Van der Bellen und Peter M. Huber, Richter des deutschen Bundesverfassungsgerichts. (red)

www.uni-graz.at

Alles ganz anders Die Führung der Verwaltung liegt nun bei den Verwaltungsbehörden als erster und letzter Instanz

Verwaltung: Kein Stein bleibt auf dem anderen

Vom Verwaltungs- zum Justizstaat: Unabhängige Richter sorgen für Rechtsschutz.

Wien. Am 30. Jänner fand – wie in medianet vorangekündigt – bei PHHV in der Inneren Stadt eine große Podiumsdiskussion u. a. mit den Präsidenten des Verfassungs-(Prof. Holzinger) und des Verwaltungsgerichtshofs (Prof. Kolonovits) statt.

Im Mittelpunkt stand dabei die Neuregelung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die eine jahrzehntelange Diskussion beendet. Denn seit den 80er Jahren zeigte sich immer mehr, dass unser Verwaltungssystem in einer gewissen Spannungslage zu den Ansprüchen der europäischen Menschenrechtskonvention stand. Insbesondere die eingeschränkten Prüfungs- und Entscheidungsbefugnisse des Verwaltungsgerichtshofes, der primär nur kassatorisch entschieden hat, ließ sich schwer mit einem dem Art. 6 EMRK zugrundeliegenden Modell einer Entscheidung aller Sach- und Rechtsfragen durch ein unabhängiges Gericht vereinbaren. Verschärft wurde die Situation in den letzten Jahren durch das Unionsrecht, insbesondere die Grundrechtecharta.

Vor diesem Hintergrund wurde per 1. 1. 2014 eine zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeführt und der administrative Instanzenzug abgeschafft – laut dem Vizepräsidenten der Rechtsanwaltskammer Stefan Prochaska „die größte Strukturreform der Zweiten Republik“. „Für Bürger sowie Unternehmen bietet sie den Vorteil, viel schneller als bisher ohne Anwaltspflicht Zugang zu einem unabhängigen Gericht zu haben.“ Somit ist jede Verwaltungsbehörde erste und letzte Instanz. Eine Ausnahme gibt es im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde in manchen Bundesländern. An Stelle der Berufung an eine Ober-



Dieter Kolonovits, Präsident des Verwaltungsgerichtes Wien, Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, PHH-Partner Hermann Hansmann und Stefan Prochaska, Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer (v.li.)

oder an eine weisungsfreie Sonderbehörde tritt die Beschwerde an ein Verwaltungsgericht erster Instanz. Die Verwaltungsgerichte sollen die Verwaltung kontrollieren und Rechtsschutz gewähren – die eigentliche Führung der Verwaltung liegt daher primär bei den Verwaltungsbehörden der ersten Instanz. Der Zugang zum Verwaltungsgerichtshof wird durch ein Revisionsmodell auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt.

Die Verwaltungsgerichte entscheiden aufgrund der Beschwerde und sind damit an die geltend gemachten Beschwerdegründe und den Antrag gebunden. Dadurch ist der Prüfungsumfang beschränkt und es ist daher entscheidend, wie die Beschwerde ausgeführt ist. (Bei der früheren Berufung durfte

die Behörde den Bescheid in jede Richtung abändern und war nicht an die Berufungsgründe oder den Antrag gebunden.)

Die wichtigsten Änderungen

„Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die wichtigste Weiterentwicklung des Rechtsstaates seit der Einführung der österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit 1876“, kommentiert Hermann Hansmann, Partner bei PHH Rechtsanwälte. „Im Sinne der Waffengleichheit sollen sich Bürger und Behörde vor dem Verwaltungsgericht gleichberechtigt gegenüberstehen.“ Bedauernder Nachsatz: „Leider ist dieses Prinzip noch nicht lückenlos verwirklicht.“

- Das neue Bundesverwaltungsgericht des Bundesfinanzgerichts

und die neun Landesverwaltungsgerichten gewährleisteten Rechtsschutz durch unabhängige richterliche Organe.

- Die Führung der Verwaltung liegt bei den Verwaltungsbehörden, diese sind erste und letzte Instanz.

- Der administrative Instanzenzug wird weitgehend abgeschafft, die Kontrolle der Verwaltung erfolgt durch die zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit.

- Österreich wird vom Verwaltungs- zum Justizstaat.

Zu bedenken ist allerdings, dass die angestrebte Unabhängigkeit der Verwaltungsgerichte im Detail noch nicht ausreichend umgesetzt ist – und ob das angestrebte Ziel einer Entlastung des Verwaltungsgerichtshofes erreicht wird, wird sich erst weisen ... (red)

Crowdfunding-Projekt Respekt.net startet neue Transparenz-Plattform

„Ich will meine Steuern sehen!“

Wien. Nach der Datenbank für saubere Politik „MeineAbgeordneten.at“ plant der Verein Respekt.net die nächste Transparenz-Plattform. Diesmal geht es um Zahlen, Daten und Fakten für den Steuerzahler: Auf SteuernZahlen.at soll es erstmals ermöglicht werden, den Gesamtsteuerbeitrag von A wie Alkohol- bis V wie Versicherungssteuer zu ermitteln. Warum dies bisher nicht möglich war, ist

nicht wirklich verständlich: Ob sich die Politik vor einem solchen Gesamtsteuer-Check fürchtet? Das Bundesministerium für Finanzen bietet jedenfalls heute keinerlei Möglichkeit, die Gesamtsteuerlast als Steuerzahler zu berechnen.

Zurzeit werden die erforderlichen finanziellen Mittel via Crowdfunding auf Respekt.net gesammelt. Kann das Projekt bis Ende Februar ausfinanziert werden,

soll die Plattform spätestens Mitte des Jahres fertig sein.

Steuern zahlen – wie viel?

Gestützt auf Zahlen, Daten und Fakten könnten auch Grundsatzdebatten über das Steuerzahlen geführt werden. Auf SteuernZahlen.at soll man den eigenen Steuerbeitrag kostenlos und anonym errechnen und die Grundlagen dafür abspeichern können. Auf dieser Basis soll in einem zweiten Schritt eine Gesamtsteuerstatistik über die Steuerleistungen der wesentlichen Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Unternehmer, Beamte, Selbstständige sowie Land- und Forstwirte) entstehen.

„Wer fürchtet sich davor, dass jeder Steuerzahler weiß, was er in Summe an Steuern zahlt? Wir sollten immer hellhörig werden, wenn es zu Grundfragen der Staatsführung keine ausreichende Information und keine aussagekräftigen Statistiken gibt“, meint Martin Winkler, Präsident des Vereins Respekt.net. (pj)

<http://bit.ly/Mt4cp8>

Kommunalguide IT-Preis eAward für Wr. Baumkataster

Wien. Rund 70.000 Bäume, die in den Gemeindebauten wachsen, werden von Wiener Wohnen betreut und sind im „Baumkataster“ erfasst. Mit einer nun eingeführten Verbesserung des Systems durch eine mobile Lösung zur regelmäßigen Kontrolle der Bäume können diese noch effizienter durchgeführt und damit die Sicherheit für die Mieter weiter erhöht werden. So können potentielle Gefahren auf Grund schadhafter Bäume, etwa durch herabfallende Äste, auf ein Mindestmaß reduziert werden.

In regelmäßigen Abständen werden die Bäume kontrolliert, deren Identifizierung mit Hilfe von RFID-Transpondern erfolgt.

Für die neue Lösung wurde Wiener Wohnen gemeinsam mit der Entwicklerfirma CSC mit dem 3. Platz in der Kategorie „Verwaltung“ beim IT-Wirtschaftspreis eAward ausgezeichnet. Die Jury betonte die beispielhafte Transparenz und Effizienz des Systems und lobte es „als bestes Werkzeug, um Prozesse zu unterstützen“. (pj)

www.csc.com



Respekt.net will die österreichischen Steuerleistungen transparent machen.